

Antrag

des Bundesministers für Wirtschaft

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1990 —

I.

Auf der Grundlage des Dritten Verstromungsgesetzes vom 13. Dezember 1974 in der Fassung vom 19. April 1990 (BGBl. I S. 917), ist der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes als unselbständiges Sondervermögen des Bundes gebildet worden; er wird vom Bundesamt für Wirtschaft verwaltet.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft und der industriellen Kraftwirtschaft gewährt sowie die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Eine Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1978 bis 1990 ist als Anlage 1 beigelegt. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe aufgebracht. Das Bundesamt für Wirtschaft ist

gemäß § 2 Abs. 6 Drittes Verstromungsgesetz ermächtigt, bis zur Gesamthöhe von 2 Milliarden DM Kredite zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit des Sondervermögens aufzunehmen.

Das Bundesamt für Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds haben sich im Wirtschaftsjahr 1990 wie folgt entwickelt (eine Übersicht nach Bundesländern ist als Anlage 2 beigelegt):

Haushaltsrechnung 1990
für das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099	Ausgleichsabgabe	5 526 914 826,38	5 240 000 000	286 914 826,38	—
111 01	Mahnkosten und sonstige Entgelte	128,25	—	128,25	—
119/1	Vermischte Verwaltungs- einnahmen	58,40	—	58,40	—
119/2	Zinsen für überzahlte Zu- schüsse und sonstige Zinseinnahmen	1 245 124,67	1 000 000	245 124,67	—
119/3	Rückzahlungen von Zu- schüssen aus Vorjahren .	22 427 180,51	30 000 000	—	7 572 819,49
162	Zinserträge aus Festgeld- anlagen sowie beim Giro- konto	72 038,85	—	72 038,85	—
182	Tilgung eines Darlehens	—	2 000	—	2 000
325	Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt — Nettokredit- aufnahme — ¹⁾	—	—	—	—
360	Übertrag aus dem Vor- jahr	19 695 468,07	—	19 695 468,07	—
	Gesamteinnahmen	5 570 354 825,13	5 271 002 000	306 927 644,62	7 574 819,49

¹⁾ Siehe Finanzierungsrechnung.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben				
	Personalausgaben				
422 41	Bezüge der planmäßigen Beamten	866 129,80	1 100 000	—	233 870,20
425 41	Vergütung der Angestell- ten	2 925 117,96	3 025 000	—	99 882,04
427 41	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Ar- beitsverträge auf läng- stens 18 Monate befristet sind	362 721,42	450 000	—	87 278,58
	Sächliche				
	Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften	38 298,87	80 000	—	41 701,13
513	Post- und Fernmeldege- bühren	40 004,10	125 000	—	84 995,90

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände .	27 573,24	55 000	—	27 426,76
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	—	1 000	—	1 000
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	80 000	140 000	—	60 000
518	Mieten und Pachten	499 216,53	430 000	69 216,53 ²⁾	—
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	6 000	—	6 000
525	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	—	20 000	—	20 000
526/1	Gerichtskosten	22 569,70	1 000 000	—	977 430,30
526/2	Kosten für Sachverständige	166 924,82	600 000	—	433 075,18
526/3	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	—	8 000	—	8 000
527/1	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen . .	49 611,02	80 000	—	30 388,98
527/2	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen	—	4 000	—	4 000
527/3	Reisekosten für Aus- und Fortbildung von Bediensteten	—	5 000	—	5 000
532	Beschaffung von Software	20 520	100 000	—	79 480
539	Vermischte Verwaltungsausgaben einschließlich Gemeinkostenzuschlag .	873 076,57	990 000	—	116 923,43

²⁾ Deckung analog § 4 Abs. 7 HG 1990 bei Titel 513.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben für den Schuldendienst				
575	Zinsausgaben für Kreditaufnahme	116 519 641,48	150 000 000	—	33 480 358,52
595	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt (Nettotilgungen) ¹⁾	11 000 000	—	11 000 000	—
	Erstattungen				
671	Erstattung überzahlter Ausgleichsabgabe und Verzugszinsen früherer Jahre	69 671 319,35	150 000 000	—	80 328 680,65

¹⁾ Siehe Finanzierungsrechnung.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben für Investitionen				
711	Kleine Um-, Neu- und Erweiterungsbauten	7 257,49	30 000	—	22 742,51
812	Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Ausrü- stungsgegenständen im Inland	28 289,23	160 000	—	131 710,77
	Zuschüsse an Kraftwerks- unternehmen nach dem Dritten Verstromungsge- setz³⁾ — Die Ausgaben sind ge- genseitig deckungsfähig —				
683/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetrieb- nahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	1 104 794 174,02	797 446 000	307 348 174,02	—
683/2	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	1 205 961 812,56	1 248 380 000	—	42 418 187,44
683/3	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetriebnahme ab 18. Dezember 1974	1 916 733 524,79	1 421 767 000	494 966 524,79	—
683/4	Zuschüsse zu Stromtrans- portkosten nach § 4 Abs. 2	29 639 000	20 000 000	9 639 000	—
683/5	Zuschüsse zu Stromtrans- portkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Zweites Verstro- mungsgesetz	—	—	—	—
683/6	Zuschüsse nach § 16 Abs. 2 (§ 12 Abs. 2 a. F.) — Minderpreisverträge —	64 292 293,05	—	64 292 293,05	—
683/7	Zuschüsse für Mehrko- stenausgleich in besonde- ren Fällen nach § 3 a a. F.	—	—	—	—
683/8	Zuschüsse für Zusatzmen- gen nach § 5 (§ 3 b a. F.) .	—	—	—	—
683/9	Zuschüsse für Options- mengen nach § 3 b Abs. 11 a. F.	—	—	—	—
683/10	Zuschüsse für nieder- flüchtige Kohle nach § 6 Abs. 1	37 469 064	50 000 000	—	12 530 936

³⁾ Die Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln sind gemäß Deckungsvermerk durch Minderausgaben bei anderen Titeln teilweise gedeckt. Darüber hinausgehenden Mehrausgaben wurde zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei Titel 099 bzw. durch Minderausgaben bei den Titeln 575 und 671.

Titel laut Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
683/11	Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden nach § 6 Abs. 2	62 470 675,46	50 000 000	12 470 675,46	—
683/12	Zuschüsse für eine Verstromungsreserve nach § 7	46 613 684,58	17 000 000	29 613 684,58	—
683/13	Zuschüsse nach § 5 Abs. 1 und 3 — Mehrkosten gegenüber Drittlandskohle	835 072 947,41	1 300 000 000	—	464 927 052,59
892/1	Zuschüsse zu Investitionskosten von Kraftwerksneubauten nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2, Inbetriebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1987	57 585 800	50 000 000	7 585 800	—
892/2	Zuschüsse zu den Umrüstungskosten von öl- sowie öl-/gasbefeuerten Heizkraftwerken nach § 4 Abs. 1 Satz 3	1 170 000	8 000 000	—	6 830 000
	Gesamtausgaben	5 565 001 247,45	5 271 002 000	936 985 368,43	642 986 120,98

Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
			mehr DM	weniger DM
Abschluß				
Ausgleichsabgabe	5 526 914 826,38	5 240 000 000	286 914 826,38	—
Verwaltungs- und Zinseinnahmen	23 744 530,68	31 002 000	—	7 257 469,32
Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt	—	—	—	—
Übertrag aus Vorjahr	19 695 468,07	—	19 695 468,07	—
Gesamteinnahmen	5 570 354 825,13	5 271 002 000	299 352 825,13	
Personalausgaben	4 153 969,18	4 575 000	—	421 030,82
Sächliche Verwaltungsausgaben	1 817 794,85	3 644 000	—	1 826 205,15
Ausgaben für den Schuldendienst	127 519 641,48	150 000 000	—	22 480 358,52
Erstattungen	69 671 319,35	150 000 000	—	80 328 680,65
Ausgaben für Investitionen	35 546,72	190 000	—	154 453,28
Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen	5 361 802 975,87	4 962 593 000	399 209 975,87 ³⁾	—
Gesamtausgaben	5 565 001 247,45	5 271 002 000	293 999 247,45	
Überschuß	5 353 577,68			

Finanzierungsrechnung: Kreditaufnahme vom Kreditmarkt 6 184 000 000 DM
Tilgungen 6 195 000 000 DM
Nettotilgung 11 000 000 DM

³⁾ Die Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln sind gemäß Deckungsvermerk durch Minderausgaben bei anderen Titeln teilweise gedeckt. Darüber hinausgehenden Mehrausgaben wurde zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei Titel 099 bzw. durch Minderausgaben bei den Titeln 575 und 671.

III.

1. Einnahmen

Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf ca. 5 570 Mio. DM. Sie setzten sich im wesentlichen zusammen aus:

- den Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe (5 526,9 Mio. DM),
 - den Einnahmen aus der Rückzahlung von Zuschüssen (22,4 Mio. DM),
 - dem Übertrag aus dem Vorjahr (19,7 Mio. DM) und
 - den Zinseinnahmen (1,2 Mio. DM).
- a) Die Bruttoeinnahmen aus der Ausgleichsabgabe betrugen im Jahre 1990 rund 5 527 Mio. DM. Zieht man hiervon die sich aus der Jahresendabrechnung ergebenden Erstattungen in Höhe von 70 Mio. DM ab, so ergibt sich eine Nettoeinnahme von rund 5 457 Mio. DM, welche die Nettoeinnahme des Vorjahres um rund 119 Mio. DM übersteigt. Obwohl sich der durchschnittliche Abgabesatz von 8,5 % in 1989 auf 8,25 % in 1990 verringerte, erhöhte sich die Nettoeinnahme aufgrund der gestiegenen Erlöse der Stromerzeuger.
- b) Die Zinseinnahmen in Höhe von rund 1,2 Mio. DM überstiegen den im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag um rund 0,2 Mio. DM.
- c) Die gesetzliche Kreditobergrenze von 2,0 Mrd. DM war am 31. Dezember 1990 bei einer Kreditverschuldung in Höhe von 1 989 Mrd. DM nahezu ausgeschöpft.

2. Ausgaben

In 1990 beliefen sich die Gesamtausgaben auf ca. 5 565 Mio. DM und überstiegen damit die Gesamtausgaben des Jahres 1989 um 26 Mio. DM. Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Ausgaben konnten, hauptsächlich wegen der Mehreinnahmen an Ausgleichsabgabe, um rund 294 Mio. DM überschritten werden.

Aufgrund von Mehreinnahmen (Saldo aus Mehr- und Mindereinnahmen gegenüber dem Soll des Wirtschaftsplanes) in Höhe von ca. 299 Mio. DM und Minderausgaben (Saldo der Mehr- und Minderausgaben gegenüber dem Soll des Wirtschaftsplanes) in Höhe von ca. 105 Mio. DM bei den sonstigen Titeln konnten Zuschüsse in Höhe von 399 Mio. DM mehr als im Wirtschaftsplan veranschlagt ausgezahlt werden. Dies trug mit zu einem Rückgang der Gesamtverbindlichkeiten des Fonds bei (s. auch Nummer IV. 3).

Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan ergaben sich aus folgenden Gründen:

a) Ausgaben für Zuschüsse

aa) Mehrausgaben

- Trotz Mehrausgaben von rund 760 Mio. DM an Zuschüssen für den Ölausgleich gegen-

über den Sollbeträgen des Wirtschaftsplans wurden nicht alle Verpflichtungen gegenüber den Zuschußempfängern erfüllt. Hierzu wären weitere 680 Mio. DM erforderlich gewesen. Der voraussichtliche Zuschußverzicht von 13 subventionsberechtigten Energieversorgungsunternehmen (EVU) gegenüber dem Fonds in Höhe von 650 Mio. DM aufgrund einer freiwilligen Vereinbarung mit dem BAW (sog. VDEW-Vereinbarung) ist bereits berücksichtigt.

- Die Ausgaben für Stromtransportkostenzuschüsse lagen um 9,6 Mio. DM über dem Ansatz, da der Strombezug der Subventionsempfänger höher als erwartet ausfiel.
- Die Minderpreiszuschüsse in Höhe von rund 64 Mio. DM fielen wegen eines verlorenen Rechtsstreits an.
- Der Planansatz für Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden wurde wegen des höheren Bezugs von revierferner Kohle um 12,5 Mio. DM überschritten. Bei dieser Kostenposition handelt es sich, wie bei den Erschweriszuschlägen für niederflüchtige Kohle, um Restansprüche aus früheren Jahren; seit 1. Januar 1990 werden Revierausgleich und Erschweriszuschläge nicht mehr aus dem Fonds, sondern aus dem Bundeshaushalt finanziert.
- Mehrausgaben in Höhe von 29,6 Mio. DM entstanden bei den Zuschüssen für eine Verstromungsreserve, da mehr Anträge als erwartet beschieden werden konnten. Auch hierbei handelt es sich ausschließlich um Ansprüche aus früheren Jahren.
- Die Mehrausgaben für Zuschüsse zu den Investitionskosten von Kraftwerksneubauten (7,6 Mio. DM) resultieren daraus, daß die in 1990 zu zahlenden noch offenen Zuschußraten für kurz vor der gesetzlichen Ausschußfrist in Betrieb gegangene Kraftwerke höher als erwartet ausfielen.

bb) Minderausgaben

Sie entstanden vor allem bei den Zuschüssen für die Mehrkosten gegenüber der Drittlandskohle und bei den Zuschüssen für die Umrüstung von Heizkraftwerken:

- Die bei den Zuschüssen für Mehrkosten gegenüber Drittlandskohle entstandenen Minderausgaben in Höhe von rund 464,9 Mio. DM sind hauptsächlich durch den Zuschußverzicht (VDEW-Vereinbarung) bedingt.
- Die Minderausgaben bei den Zuschüssen für die Umrüstung von Heizkraftwerken (6,8 Mio. DM) entstanden, weil die Kraftwerke zu anderen Terminen als angenommen in Betrieb gingen.

b) *Verwaltungs- und Zinsausgaben*

Die Verwaltungsausgaben lagen mit 6,0 Mio. DM um 0,2 Mio. DM über den Ausgaben des Vorjahres und um 2,2 Mio. DM unter dem Planansatz.

Die Zinsausgaben für aufgenommene Kredite lagen wegen des Zinssatzanstiegs um rund 15,8 Mio. DM über dem Vorjahreswert. Der Planansatz wurde jedoch um 33,5 Mio. DM unterschritten, weil die Kredite im Durchschnitt zu einem günstigeren Zinssatz als vorausgeschätzt beschafft werden konnten.

IV.

1. Der *Kassenstand* des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1990 wie folgt entwickelt:

	in Mio. DM
Gesamteinnahmen	5 570,4
davon: Übertrag aus 1989	19,7
Ausgleichsabgabe, Verwaltungs- und Zinseinnahmen	5 550,7
Schuldenaufnahme (netto)	—
Gesamtausgaben	5 565,0
davon: Verwaltungs- und Zinsausgaben	122,5
Schuldentilgung (netto)	11,0
Zuschüsse und Erstattungen	5 431,5
Kassenbestand am 31. Dezember 1990	5,4

2. *Kreditverschuldung*
(s. auch Finanzierungsrechnung)

Stand der Kreditverschuldung am 1. Januar 1990	2 000,0
Einnahmen aus Krediten	+6 184,0
Tilgung von Krediten	-6 195,0
Stand der Kreditverschuldung am 31. Dezember 1990	1 989,0

3. *Verbindlichkeiten* (Gesamtverschuldung)

Der in der Rechnungslegung ausgewiesene Überschuß in Höhe von rund 5,4 Mio. DM ist kassentechnisch bedingt. Tatsächlich betrugen die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 1990 rund 2 Mrd. DM Kreditverschuldung und 2,1 Mrd. DM vorgetragene Zahlungsverpflichtungen. Das Fondsdefizit belief sich somit auf 4,1 Mrd. DM. Damit haben sich die Verpflichtungen im Vergleich zum Vorjahr mit 5,7 Mrd. DM um 1,6 Mrd. DM verringert.

Anlage 1

**Übersicht über den Bezug und den Einsatz
deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft
in den Jahren 1978 bis 1990**

Jahr	Bezug		Einsatz	
	Menge in 1 000 t SKE	Verän- derung gegenüber Vorjahr in v. H.	Menge in 1 000 t SKE	Verän- derung gegenüber Vorjahr in v. H.
1978	32 348		32 208	
1979	33 839	+ 4,6	33 611	+ 4,4
1980	34 728	+ 2,6	34 089	+ 1,4
1981	36 399	+ 4,8	36 322	+ 6,6
1982	37 970	+ 4,3	36 175	÷ 0,4
1983	39 629	+ 4,4	39 679	+ 9,7
1984	40 185	+ 1,4	39 692	+ 0,0
1985	38 735	÷ 3,6	37 033	÷ 6,7
1986	39 254	+ 1,3	38 991	+ 5,3
1987	40 619	+ 3,5	40 515	+ 3,9
1988	38 435	÷ 5,4	39 196	÷ 3,3
1989	38 520	+ 0,2	38 783	÷ 1,1
1990	39 437	+ 2,4	40 253	+ 3,8

Anlage 2

**Aufstellung der gezahlten Zuschüsse
und der vereinnahmten Ausgleichsabgabe
nach Bundesländern im Kalenderjahr 1990**

Bundesland	Zuschuß *) in 1 000 DM	Ausgleichs- abgabe **) in 1 000 DM
Schleswig-Holstein . .	25 788	173 880
Hamburg	59 576	193 973
Niedersachsen	508 201	584 154
Bremen	46 431	73 126
Nordrhein-Westfalen	2 660 034	1 819 856
Hessen	127 425	447 634
Rheinland-Pfalz	219 961	325 392
Baden-Württemberg	805 193	774 430
Bayern	279 251	886 809
Saarland	364 217	104 055
Berlin	265 726	143 606
Gesamt:	5 361 803	5 526 915

*) Bezogen auf den Sitz des Unternehmens.

**) Auswertungen nach dem Abgabesatz der Bundesländer
(Soll-Stellungen).